

# BUKO Info

Hochschulpolitische Informationen der Bundeskonferenz



BUNDESKONFERENZ DES WISSENSCHAFTLICHEN UND KÜNSTLERISCHEN  
PERSONALS DER ÖSTERRÉICHISCHEN UNIVERSITÄTEN UND KUNSTHOCHSCHULEN

Nr. 1 / 1992

A-1090 Wien, Liechtensteinstraße 22a, Telefon (0222) 31 99 315-0, 31 99 316 -0

## Inhalt

### Vorwort

- Im Zentrum der Aktivitäten:  
die Universitätsreform Seite 2
- Evaluierungen und Empfehlungen Seite 3

### Kommentar

- "Die Zerrissenen". Der Mittelbau  
Medizin als Patient Seite 4

### Förderungen

- Belebung der Forschungslandschaft Seite 9
- Förderung der Auslandsbeziehungen Seite 10

### Reaktionen

- Anmerkungen zum Thema: Habili-  
tationsstipendien für Frauen Seite 11
- Noch ein paar Gedanken zur Ver-  
gabe von Lehraufträgen Seite 12

### Stellungnahme

- Fachhochschulen Seite 13

### BUKO intern

- Kurz notiert Seite 14

### Mitteilung

- Berufungsrichtlinien Seite 15

### Impressum

Seite 16

# Im Zentrum der Aktivitäten: die Universitätsreform

Norbert FREI, Vorsitzender der Bundeskonferenz

Verständlicherweise stehen Überlegungen zu einer neuen Organisationsstruktur der Universitäten seit dem Herbst des letzten Jahres im Mittelpunkt der Arbeit der Bundeskonferenz. Nach Vorarbeiten, die die Hochschulreformkommission in einer Klausurtagung geleistet hat, sowie nach breiter Diskussion sowohl im Plenum als auch beim Kuriensprechertag, redigierte das Präsidium im Jänner die "Stellungnahme der Bundeskonferenz" zum Diskussionsentwurf des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung.

Dabei ging es nicht darum, zu möglichst allen Detailvorschlägen des "grünen Papiers" Stellung zu beziehen, sondern um eine generelle Bewertung von Vorgangsweise und Intention.

## Zur Methode

Die BUKO verweist darauf, daß die angestrebte umfangreiche Neuorganisation der Universitäten ohne Akzeptanz durch die Betroffenen nicht gelingen kann. Diese zu erreichen, bedarf es einer ausgeprägten Rede- und Streitkultur; optimal, wenn die Anstrengung um eine neue Organisationsstruktur, als Prozeß begriffen, ihrerseits möglichst professionell organisiert wird. Für die diesbezüglich feststellbaren Defizite allein das Ministerium verantwortlich zu machen, wie zuletzt mancherorts geschehen, halte ich für einseitig. Dagegen gilt es einzugestehen, daß es durchaus auch Mängel in der universitären Selbstorganisation gibt, die es erschweren, Universitätsangehörige und ihre Vertretungsorgane als konturierte Gesprächspartner in diesem Diskussionsprozeß wahrzunehmen.

Die BUKO versucht, in Kooperation mit den anderen einschlägigen Organisationen, eine diesbezügliche Verbesserung zu erzielen.

## Zu den Inhalten

Allerdings ist festzuhalten, daß in diesem Prozeß der Auseinandersetzung für die BUKO einige Standpunkte sachlich begründet unverzichtbar sind und bleiben. So kann es beispielsweise nicht angehen, die im UOG verankerten Partizipationsmodelle als (alleinige) Ursache für (oft mit leicht durchschaub-

erer Intention nur herbeigeredete) Mängel in universitären Verwaltungsabläufen haftbar zu machen. Das Prinzip der demokratischen Mitbestimmung gründet sowohl in rationalen Argumenten der modernen Organisationsentwicklung, als auch im Akt einer politischen Willensbekundung.

Im Weiterdenken dieser Idee vertritt die BUKO schon seit geraumer Zeit die Systematik einer einheitlichen Hochschullehrerkategorie, die in unserem Selbstverständnis aber eben gerade nicht auf Gleichmacherei abzielt, sondern - und hier liegt der spezifische Konnex zur gegenwärtigen Organisationsdiskussion - auf der Grundlage formaler Egalität nach Anforderungsprofil und Leistungsnachweis in Lehre, Forschung und Selbstorganisation qualitativ differenziert. Nur an dieser (aus der Inhaltlichkeit entwickelten) Stelle hat nach meinem Dafürhalten das aktuell so betonte Moment der persönlichen Verantwortung seinen Platz.

Man wird sehen, ob und wie es gelingen wird, solch grundsätzliche Überlegungen in die Reformdiskussion hineinzutragen. Neben der Bestimmung dessen, was Gesellschaft und Politik als Aufgabe der Universitäten festschreiben, ergibt sich von hier aus nachgeordnet, welche Detailregelungen als am besten geeignet erscheinen, ausgehandelten Zielvorstellungen Genüge zu tun. Die BUKO sollte sich jedenfalls gegen eine vorschnelle Resultatsmaximierung (der bereits "ausverhandelten Punkte") als hergezeigtem Erfolgswachweis in diesem Reformprozeß verwehren, die als 'Philosophie' abtut, was in Folge sehr konkret unsere tägliche Arbeit bestimmen wird.

## Zum Kalender

Mit Ende Jänner ist die Frist für Stellungnahmen zum Diskussionsentwurf des Ressorts abgelaufen; ca. 90 schriftliche Meinungsäußerungen sollen vorliegen (vgl. dazu auch die höchst aufschlußreiche Auflistung der Rückmeldungen der Hochschullehrer aus der Erhebungsphase Herbst 1991, die das BMWF jüngst präsentiert hat: Universitätsreform. Stellungnahmen österreichischer Universitätslehrer. Materialien zur Hochschulreform, Bd. 2). Für den 11. Jänner und 21. März 1992 hat BM Busek u. a.

## Vorwort

Exponenten der gesetzlichen Vertretungsorgane zu großen Gesprächsrunden geladen (BUKO-Teilnehmer: Frei, Hofer-Zeni). Parallel dazu tagt seit dem 21. Februar ein vom Bundesminister nominiertes "Projektteam Universitätsreform" mehrfach in intensiven Klausursitzungen; aus der BUKO nimmt Kollege Wurm daran teil. Seit Anfang März sind auch verstärkte Bemühungen der Vertretungsorgane (Bundeskonzferenz, Bundesprofessorenkonferenz, Gewerkschaft der Hochschullehrer, Hochschüler-schaft, Rektorenkonferenz, Zentralaussschuß der Hochschullehrer) im Gange, sich ihrerseits zu koordinieren und einem Prozeß der Selbstorganisation auszusetzen; eine erste Zusammenkunft hat am 20.3.1992 stattgefunden.

Soweit bisher bekannt, ist die Terminvorgabe durch den Bundesminister unverändert: vor dem Sommer Ministerialentwurf; Begutachtung; Ende 1992 Regierungsvorlage an das Parlament. Dies bedeutet für

die BUKO wohl einen Sommer konzentrierter Anstrengung. Ihr Ergebnis wird daran zu messen sein, inwieweit es uns gelingen wird, die künftige Struktur der österreichischen Universitäten engagiert und sachdienlich mitzugestalten.

Als Gast der BUKO-Plenarsitzung am 12./13.3.1992 präsentierte der Pressereferent von BM Busek, Dr. Hüffel, das von BMWF und BMUK gemeinsam mit der APA betriebene Projekt einer bildungs- und wissenschaftspolitischen Datenbank. In der sich anschließenden allgemeinen Diskussion betonte Dr. Hüffel seine Zuversicht, daß das Vorhaben Universitätsreform im skizzierten Zeitrahmen zu realisieren sei.

Bereits für den Sitzungstermin am 21. März ist ein Zwischenbericht des genannten "Projektteams Universitätsreform" annonciert, der aber bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag. Für Spannung ist also gesorgt, wir berichten weiter.

## Evaluierungen und Empfehlungen

Im Februar 1991 wurde die Beratungsfirma Arthur D. Little International vom BMWF mit einer Studie über die Universität Klagenfurt beauftragt, deren "Rohbericht" seit Dezember vorliegt. Ohne die Studie im einzelnen bewerten zu wollen, zitieren wir Passagen aus der "Einleitung", die expressis verbis empfehlenden Charakter für die gesamte österreichische Universitätslandschaft haben:

"Die bedeutendste Erkenntnis aus den Arbeiten ist, daß die Entwicklungsrichtung der österreichischen Universitäten in den letzten Jahrzehnten, die im wesentlichen auf allgemeiner Expansion ohne umfangreichere inhaltliche Schwerpunktbildungen im Rahmen einer österreichweiten Konzeption der Arbeitsteilung beruht, einer grundsätzlichen Korrektur bedarf. Dementsprechend sollte umgehend eine Redimensionierung des Angebots geistes- und naturwissenschaftlicher Studien in Form einer österreichweiten Konzentration dieser Studienrichtungen an weniger Standorten als derzeit vorgenommen werden. Drei wichtige Faktoren erfordern eine derartige Konzentration:

\* Einerseits hat die starke Dezentralisierung des Angebots von geistes- und naturwissenschaftlichen Studien an fünf österreichischen Universitäten zu einem sehr starken Zulauf zu diesen Ausbildungen

geführt, während gleichzeitig der Arbeitsmarkt für Absolventen dieser Studienrichtungen auf Jahre hinaus kaum aufnahmefähig ist, sodaß eine Eindämmung der Studiennachfrage in den geistes- und naturwissenschaftlichen Studienrichtungen angezeigt ist.

\* Andererseits ist die Mittelknappheit des öffentlichenSektorseine allgemeinbekannte Tatsache, sodaß Erweiterungen von Universitäten künftig nur in Ausnahmefällen möglich sein werden.

\* Schließlich ermöglicht die Konzentration insbesondere von kleinen Studienrichtungen grundsätzlich erhöhte Effizienz und Kosteneinsparungen sowie erhöhte Qualität in Lehre und Forschung."  
(ADL Studie, Seite 1 f.)

"Für die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen (...) bestehen bereits in weiten Bereichen rechtliche Regelungen betreffend

\* Die Auflassung von Studienrichtungen sowie  
\* Dienstpostenumwidmungen,

sodaß entsprechende Maßnahmen umgehend eingeleitet werden könnten.

(Fortsetzung Seite 9)

## "Die Zerrissenen" Der Mittelbau Medizin als Patient

von Dr. Kurt Grünewald

Weniger im freudigem, als im klarem Bewußtsein des beschränkten, ja oft kontraproduktiven Nutzens von Lamentationen entschloß sich der Mittelbau der Medizinischen Fakultät Innsbruck, Fakten vorzulegen, die den Unterschied zwischen neurotischem und "mann- und frauhaftem" Leiden an der Realität glaubhafter auch dem vielgründig Mißtrauischen vermitteln sollten.

Eine Erhebung des Assistentenverbandes aus dem Jahre 1983 über die lokalen Arbeitsbedingungen hatte damals zwar vielfach Zustimmung, aber auch nur diese gebracht. Da das Rennen gegen Mauern und Gummiwände gelegentlich und paradoxerweise neue Aktivierungsenergien freisetzt (unpublished results), beauftragte auf Antrag der Mittelbaukurie und des Hochschulreferenten die Tiroler Ärztekammer das Fessel Institut, die Arbeitssituation des Mittelbaus nochmals zu untersuchen.

Wir werden uns erinnern (stolz oder enttäuscht?), daß uns Minister Busek in einem Gespräch zu dieser Aktion ermunterte (Ort der Ermunterung: Gasthof Weißes Rössl, Innsbrucker Altstadt, Zeit: wenige Tage nach Amtsantritt des Ministers im BMWF).

Um eventuelle Unterschiede im Arbeitsprofil zwischen Bundes- und Landesangestellten herauszuarbeiten, haben wir alle Assistenten und Fachärzte (Dozenten) der Medizinischen Fakultät unabhängig von ihrem Dienstgeber in die Befragung einbezogen. Der Rücklauf von 439 ausgefüllten Bögen entspricht der für universitäre Verhältnisse fast sensationellen Beteiligung von 60 %, bei Bundesbediensteten liegt die Rücklaufquote sogar bei 75%.

Wie werden uns von allen Diskussionfreude, Aktivität, Eigen- und Mitverantwortlichkeit, Teilnahme an politischen Prozessen, Phantasie, kreatives Handeln und die Notwendigkeit positiver Kritik ans mündige Staatsbürgerherz gelegt und wie wird man nun reagieren, wenn wir ansatzweise versuchen, diese Eigenschaft zu leben?

In einem großen und voraussichtlich wiederum einhelligen Schwenk aller Parteien wird man über die

aufmümpfige, respekt- und verständnislose Agitation einiger (wahrscheinlich kommunistisch infiltrierter) Berufsnörgler die Nase rümpfen und die Stirn runzeln, und das Lieblingsvokabular eines Sektionschefs, "matschgern", wird sich dabei noch als geradezu väterlicher, sympathisch gemütlicher Verweis "wohltuend" abheben.

Das Amusement eines fakultären Faschings läßt sich jedoch nicht lange aufrecht halten. Spätestens dann aber sollte den Verantwortlichen der Ernst ein Anliegen sein, wenn Widerstand, Kritik und Gedanken an Veränderung erlahmen, Resignation sich breit macht und das Gefühl der Ohnmacht die Motivation und den Glauben an die Sinnhaftigkeit des wahren Argumentes ablöst.

Im Hochschulbericht 1987 wurde bereits die weitgehend zweckentfremdete Verwendung von Bundesassistenten als zunehmendes Problem festgehalten. Wir waren glücklich über diese Aussage und fühlten uns verstanden, vielleicht sogar unterstützt. Immer noch glauben manche an das Ministerium als Verbündeten, wie Kinder sich verschwören gegen böse fremde Mächte. Dieses imaginäre Gefühl der Nähe ist ein, Vorschub an Vertrauen, mit dem es sich eine Zeit lang gut leben läßt, im Ministerium länger als an der Fakultät.

Es ist nicht Absicht zu beleidigen und zu verletzen, wenn es als Hohn empfunden werden muß, von Wissenschaft und Leistung, Europareife und Defiziten zu sprechen und gleichzeitig hinzunehmen, daß an Kliniken im Mittel nur 5 Stunden Forschung pro Woche innerhalb der Dienstzeit möglich sind.

Das Dilemma des Mittelbaus ist es, keine Zeit für Koalitionsgespräche zu haben, keine Zeit zu finden für das Überzeugen von Fürsprechern und Verbündeten und bei einer mittleren Arbeitszeit von 74 Wochenstunden die Freiräume nicht zu sehen und die Energie nicht zu haben, Strategien der Veränderung zu entwickeln.

Es gibt aber auch andere Gründe und es gibt das Dilemma in uns selbst. Die Abhängigkeiten sind nach wie vor große und der Mut ist kalkulierbar,

besser als der Sieg des aufrechten Gangs. Auch Ehrlichkeit unterliegt einer Auslese, besonders dann, wenn sie als Wahrheit Ärgernis erregt und die, die es geschafft haben, haben andere Sorgen oder wollen keine mehr, weil sie sich (verdient) ausrasten müssen, nach dem beschwerlichen Gang des zielstrebigem Karriereweges, der keine Zeit mehr läßt für den anderen, für die Politik. Es darf auch nicht geleugnet werden, wie oft das Sprichwort von der Nähe des Hemdes und der Ferne des Rockes gelebt wird, indem das Überleben, das "Gut - Leben" und das "Ungeschoren - Leben" ebenso Bedeutung gewinnen kann wie das "Sich - in Szene - Setzen" und das "Sich beliebt machen".

Man muß eben wissen, wo man investiert!

An der Medizinischen Fakultät Innsbruck werden im Monatsschnitt 40 Stunden "Freizeit" in die Forschung investiert, bezogen auf den Klinischen Bereich liegt der Gesamtaufwand an in Forschung investierten Stunden zu zwei Dritteln in der "Freizeit".

Selbst an den Instituten der Vor- und Zwischenklinik dienen bei einer mittleren Gesamtarbeitszeit (reguläre Dienstzeit plus "Überstunden") von 55 Stunden nur 29 der Wissenschaft, und das Ausmaß der ärztlichen Tätigkeit an den Kliniken übertrifft an Stunden sogar die Gesamtarbeitszeit der "Theoretiker". Das Argument des Ministers, daß für die Forschung ausreichend Bundesstellen vorhanden sind und das Problem in der Fehlgewichtung und der mißbräuchlichen Verwendung der Assistenten liege, ist vielfach schlüssig, führte aber bislang zu keinerlei spürbaren Konsequenzen.

Hin und wieder geäußerte Vorwürfe der Trägheit sind weitgehendst ärgerlich und rufen den Wunsch wach, es möge sich wie dereinst doch wieder ein König als Bettler verkleiden und sich unerkannt unter das Volk mischen, um die Wahrheit zu sehen. Diese Wahrheit scheint ansonsten nicht vermittelbar und wenn ich mir meine Ordner mit Briefen, Vorschlägen und Resolutionen ansehe, erinnere ich mich an Karl Kraus, der schrieb "einen Brief zur österreichischen Post zu tragen heißt, ihn aufgeben".

**Wieviele Stunden pro Woche verwenden Sie außerhalb der Universität für Arbeiten im Bereich Forschung, Lehre u. Weiterbildung?**

		bis 2 Stunden	bis 5 Stunden	bis 8 Stunden	bis 10 Stunden	bis 15 Stunden	bis 20 Stunden	21 Stunden und mehr	keine Angabe	SUMME
<b>Waagrechte Prozentuierung</b>										
	<b>BASIS</b>	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<b>TOTAL</b>	439	7	29	13	23	11	9	3	5	100
<b>GESCHLECHT</b>										
männlich	355	5	30	12	22	12	10	3	5	99
weiblich	84	13	23	18	27	7	4	1	7	100
<b>ALTER</b>										
- 29 Jahre	70	6	27	24	23	7	9	1	3	100
- 39 Jahre	272	7	29	12	22	12	10	3	5	100
40 Jahre u. älter	97	6	29	10	26	13	6	3	6	99
<b>FACHGRUPPE</b>										
Gruppe 1	150	6	31	14	24	10	5	3	7	100
Gruppe 2	179	6	25	13	23	15	11	4	4	101
Gruppe 3-5	106	8	32	14	23	8	10	1	4	100
<b>DIENSTLICHE STELLUNG</b>										
Ass. in Ausbildung	264	7	30	15	25	11	8	1	4	101
Facharzt o. Habil.	119	7	29	11	19	10	10	7	8	101
Facharzt m. Habil.	52	6	25	13	21	17	10	4	4	100
<b>DIENSTVERHÄLTNIS</b>										
zum Bund	308	6	28	14	23	12	10	3	5	101
zum Land	124	9	30	13	22	11	6	3	6	100
<b>begrenzt</b>	253	6	27	15	26	12	7	3	4	100
provisorisch	69	4	32	12	17	10	12	6	7	100
definitiv	70	7	34	13	20	11	7	1	6	99
<b>BESCHÄFTIGUNG IN:</b>										
Vor-/Zwischenklinik	101	8	34	15	23	6	10	-	5	101
Klinik	329	7	28	13	23	12	8	4	5	100
<b>operativ</b>	174	7	25	13	23	13	10	4	5	100
konservativ	161	6	30	13	24	11	7	3	5	99

Benötigt man Arbeitsinspektoren, Arbeitsmediziner, Psychologen, Uhrmacher oder Moraltheologen, um festzustellen, daß allein ein Wochenenddienst über 40 Stunden dauert und dann der Montag einer wie jeder andere ist, aber nicht sein kann? Ist es wirklich blanke Geldgier, wenn man darauf verweist, daß Nachtdienste meist keine Journaldienste sind und der Stundenlohn trotzdem unter 70 Schilling liegt?

Geht man von der sicher nicht zu gewagten Annahme aus, daß das zusammengesetzte Hauptwort Arbeitsplatz nicht zufällig vom Begriff Arbeit angeführt wird, so bräuchte sich die ÖVP um mangelnde Leistungsbereitschaft und mangelnden Idealismus nicht zu sorgen.

Der Vergleich von Stundenlöhnen weist den Mittelbau als Nachreiter einer klassenlosen Gesellschaft aus, was von

Christlich - Sozialen wie Sozialdemokraten in ungeahnter Eintracht nicht als Widerspruch zu ihren sonst so weltmännisch wie unkritisch propagierten Anbetungen westlicher (All)Heilslehren empfunden wird. Auch als hartnäckiger Verweigerer der Anerkennung des pekuniären Primates und der Vorrangstellung finanzieller vor allen anderen Interessen kann ich nicht umhin, den Slogan einer leistungsgerechten Entlohnung als einen abgedroschenen und als ein nicht sehr von Scham geprägtes Lippenbekenntnis zu bezeichnen, wenn ich die Schillinge unseres Lohnzettels durch die ermittelten und auch geleisteten Arbeitsstunden dividiere.

Mehr Zeit als ein zusätzlicher Arbeitstag wird wöchentlicher verwendet, um sich außerhalb des Arbeitsplatzes der Forschung, Lehre und Weiterbildung zu widmen. Die banalste aber nichts desto trotz traurige Erklärung könnte sein, daß keine 50 % der Kolleginnen und Kollegen an der Fakultät einen eigenen Schreibtisch besitzen, ja 62 % von diesen ihn sogar mit drei und mehr Kollegen teilen müssen. Mit den Niederungen eigener Dienstzimmer und der damit verbundenen Statistik wage ich die Verantwortlichen, die ja schließlich anderes und größeres zu tun haben, gar nicht zu belasten.

Im Ringen um unsere gesetzlich verankerten Aufgaben sollte aber doch bekannt sein, daß nur 28 % des Mittelbaus ihre Dienstpflichten schriftlich niedergelegt haben und ein regelmäßiges, protokolliertes Karrieregespräch überhaupt nur bei 6 % der Kolleginnen und Kollegen stattfindet.

Das alles hat mit Forschung nichts zu tun, könnte man meinen, wenn man in jenem elfenbeinernen Turm lebt, den man der Universität als liebste Behausung unterstellt.

Das Angebot an Laborraum und Geräten unterscheidet sich in Vor- und Zwischenklinik deutlich vom Klinischen Bereich, in welchem über 60 % die derzeitige Situation mit den Worten "mangelhaft bis ungenügend" beschreiben.

Diese Grenzen zwischen "Theorie" und Klinik verwischen in der Beurteilung der Unterstützung von Forschung, Lehre und Verwaltung durch Sekretärinnen und Laborantinnen. Hier wird die Situation von fast 80 % der Befragten als "nicht ausreichend" eingeschätzt.

Erfreulich für jedweden Dienstgeber muß es sein, zu

hören, daß die geforderte und notwendige Weiterbildung zu über 90 % "vorwiegend oder gänzlich außerhalb" der regulären Dienstzeit erfolgt. Eine Tatsache, die garantiert, daß innerhalb der Dienstzeit wirklich nur Meßbares und weitgehend Nützliches geleistet wird. Ist es nun allgemein löblich oder unlöblich, daß das Lernen der Lehrenden so häufig außerhalb (von Raum und Dienstzeit) stattfinden darf, muß oder kann?

Interessiert es nur die Studierenden, oder wen darf, muß oder könnte es interessieren, daß nur 7 % der Befragten glauben, sich während der regulären Dienstzeit ausreichend auf ihre Pflichten in der Lehre vorbereiten zu können?

Macht es irgend einen Unterschied, ob man uns glaubt, der Übertreibung bezichtigt oder sich der Taktik befleißigt, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, wenn 81 % auf die Frage, "stellt das Ausmaß ärztlicher Routinetätigkeit eine Belastung für die wissenschaftliche Arbeit und Lehre dar", die Rubriken "sehr große" und "große Belastung" für ihre Antwort wählen und ankreuzen?

Weitgehende Übereinstimmung zwischen allen Gruppen der Befragten herrscht in der Einschätzung jenes Anteils der Krankenversorgung, der sinnvollerweise und somit unter Berücksichtigung eines guten Forschungs- und Ausbildungsbetriebes von Universitätskliniken und Instituten an andere Einrichtungen (in Innsbruck aber an welche?) abgegeben werden könnte. Der Wunsch nach Delegation von 36 % der Routineversorgung an nicht universitäre Institutionen liegt wohl weit ab von jedem unstatthaftem Bildersturm und brächte jene Kapazitäten für die Wissenschaft und Lehre, die bescheiden, und bereits mehrfach von Betroffenen und Verantwortlichen im Ausmaß von 30 % der regulären Dienstzeit angestrebt wurden.

Daß man für den Zweck der Forschung, der Lehre und der Ausbildung bereit ist, mehr zu leisten und ein Mehr an Patienten zu betreuen, zeigt die Auffassung, daß aus rein medizinischen Gründen lediglich 52 % aller Patienten an den Universitätskliniken abgeklärt und versorgt werden müßten.

Der Wille und die Notwendigkeit, mehr für die Forschung zu tun, dokumentiert sich in der Einschätzung jener Zeiten (Ausmaß an Arbeitsstunden pro Woche), die nach Ansicht der Befragten notwendig sind, um international in der Forschung zu bestehen.

Diese Angaben schwanken zwischen 38 Stunden (Vorklinik) und 24 Stunden (Klinik) und zeigen die Diskrepanz zur Realität in erschreckender Nüchternheit, wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß für die Forschung innerhalb der Dienstzeit den "Theoretikern" durchschnittlich 20 Stunden, und den Klinikern 5 Stunden zur Verfügung stehen. Ein interdisziplinäres Institut, errichtet zum Zwecke der Fusion von Utopien und Sachzwängen, hätte hier schier unbegrenzte Publikationsmöglichkeiten (rein theoretisch - visionär naturgemäß).

Auf ein diplomatisch glattes Parkett begibt man sich, geht man den einzelnen Schuldzuweisungen nach, an denen die Verantwortlichkeiten für die Probleme des Wissenschafts- und Lehrbetriebes festgemacht werden. Ohne Absicht, es jenen, die das Sagen haben, leicht und einfach zu machen, werden sie sich dennoch berufen auf das Sprichwort "geteiltes Leid ist halbes Leid", oder aber in einem erfahrungsgemäß oft unproduktiven Prozeß der Delegation von Verantwortlichkeit und Zuständigkeit alles weit von sich und dem Anderen zuweisen, wenn sie hören, wie knapp diese Abstimmung ausging. Um im Jargon des Olympiajahres zu bleiben, siegte hier (im negativen Sinn) das Bundesministerium, dicht gefolgt vom Anstaltsträger und der Instituts- bzw. Klinikleitung. Dies ist das Bild, das sich aus der Kombination ergibt, betrachtet man aber die Spezialdisziplinen, ist die Funktion der Klinikvorstände in den konservativen Fächern noch am positivsten besetzt. Daß die Problematik keine einfache ist, zeigen die geringen Unterschiede in den Schuldzuweisungen. Das "Sit-

zen zwischen vielen Stühlen" wird dadurch ebenso deutlich wie die Schwierigkeit, den jeweils richtigen Ansprechpartner zu finden. Hier scheint die Chance der Lösungsmöglichkeiten mit der Vielzahl von Zuständigkeiten und Klagemauern zu sinken, an deren Entflechtung bislang niemand ernsthaft, andauernd und hartnäckig zu arbeiten wagte.

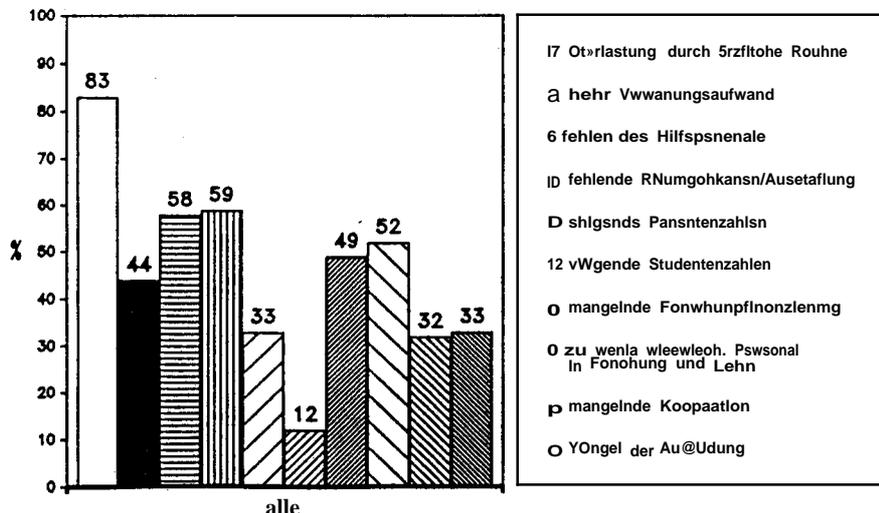
Die Orientierungslosigkeit im Filz der Institutionen mag der Grund sein, weshalb 94 % der Befragten das Fakultätsgremium weitgehend aus der Verantwortung für ihre Unzufriedenheit entließen. Ich gebe zu, daß ich Probleme habe, diese Ansicht uneingeschränkt zu teilen, da sie mir eine zu passive, vielleicht auch zu resignative ist und ich glaube, daß das Warten auf Initiativen und die Einsicht von Anderen nicht auf Dauer zielführend sein kann. Es gibt genug Grund, entmutigt und enttäuscht zu sein, noch mehr Grund gibt es aber, immer wieder Mut zu zeigen und sich und andere nicht zu täuschen.

Würde es sonst noch eine Rolle spielen, wenn 74 % meinen, daß die Belange der Forschung bei baulichen Maßnahmen im Bereich des Landeskrankenhauses nicht ausreichend berücksichtigt werden und 41 % der Betroffenen beklagen, daß sie in diese Planung selten oder nie miteinbezogen werden?

Da harte Fakten nur ein Bild der Wirklichkeit wiedergeben und manche der Medizin vorwerfen, daß bei einer einseitigen Sichtweise der Blick auf den gesamten Menschen verloren gehen könnte, möchte ich zum Schluß die Statistik verlassen.

FESSEL+GFK

WAS SIND DIE URSACHEN FOR PROBLEME DES WISSENSCHAFTLICHEN BETRIEBES?  
in %/n=439



In zahlreichen Gesprächen an unserer Fakultät werde ich mit einem Leid und mit Sorgen konfrontiert, die beide nicht nur von Patienten, sondern von uns selbst offen oder versteckt erzählt werden.

Ich bin überzeugt, daß Leistung auf Dauer nur dann gelingen und mit tieferem Sinn erfüllt sein kann, wenn dahinter Menschen stehen, die nicht reduziert und verarmt sind, die die Motive ihrer Arbeit hinterfragen und ihre Opfer in einem vertretbaren Maß von Freiheit bringen. Daher darf Zufriedenheit nicht Saththeit geschimpft werden und rücksichtsloser Egoismus und Selbstlob nicht zum Kriterium des Erfolges und der Bewunderung werden. Was auf dem Weg nach Macht und Einfluß zurückbleibt, entzieht sich vielfach der sogenannten Evaluation und die Bilanz von Impact Faktoren ist eine unvollständige, wenn sie dazu dient, Menschen und ihren Wert zu charakterisieren. Wissenschaftler müssen keine Poeten, Don Juans, Cellisten, Maler, Bergsteiger, Philosophen, gute Freunde und Familienväter sein, sie sollten es aber sein dürfen und können. Das universitäre Leben als Reduktion hat nichts mit Schwerpunktbildung und kritischer Masse zu tun und der Aktionskreis fremdgesteuerter Figuren auf einem Schachbrett des Arbeitsplatzes ist begrenzt bei einem Kampfspiel, das häufiger mit einem Matt als einem Remis der Beteiligten endet.

Ich frage mich, welche unbewußten Bestrafungstendenzen, Größenphantasien und Rücksichtnahmen auf eine sonst gar nicht so geliebte Öffentlichkeit lassen uns festhalten an den 80 Wochenstunden, dem Ausgeliefertsein, dem Kratzfuß machen oder aber dem Widerstand, der in sich allerdings auch die Gefahr des paranoiden Automatismus trägt?

Die Phantasie des neugierigen, spaßhaften Experimentierens auch unter großen zeitlichen und finanziellen Opfern wird in Gesprächen selten glaubhaft vermittelt und die Verquickung von Leistung mit Verzicht, Qual und Bruderkrieg erinnert mich an frühchristliche Märtyrerlegenden, die schwerlich als die häufigste, fakultäre Bettelkür angeesehen werden können.

Die Spannung zwischen klassenloser Gesellschaft an den Universitäten, falsch verstandener pseudoreligiöser Selbstkasteiung und Überleben des Stärkeren ist ein Exerzierfeld, auf dem sich viele ungestraft tummeln können.

Daß Mißtrauen und Unterstellungen, ebenso wie Ignoranz, Verletzung der Sorgspflicht und geschick-

tes Leugnen der Realität keine Basis für Vertrauen, Verstehen, Sympathie und damit Motivation sind, wird hartnäckig verschwiegen.

Vielleicht befinden wir uns aber alle in derselben Lage. Vielleicht haben Beamte bis zum Minister, Vorstände wie Politiker auch auf ihrem Weg nach "oben" die Opfer der Verarmung durch Reduktion der Werte erbracht, vielleicht wurden auch sie ob ihres Idealismus belacht, bis sie verstanden, die Hürden des Gewissens und anderer Obrigkeiten zu nehmen, bis sie fühlten, wo allein die Belohnung winkt und die Güterabwägung eine oktroyierte war.

Wir alle sollten den Mut wieder finden, das, was wir gerecht wünschen, nicht als Anmaßung von Privilegien zu sehen, sondern als Schritt in eine Zukunft, in der mehr Menschlichkeit auch mehr Leistung bringt, eine Leistung, die nicht von Buchhaltern zu messen ist und für die es sich lohnt, auch verzweifelt im Sinne von Kierkegaard zu arbeiten.

Seinem Werk "Die Krankheit zum Tode" ist ein Gebet vorangestellt: "Herr! Gib uns blöde Augen für Dinge, die nichts taugen, und Augen voller Klarheit in alle deine Wahrheit".

Ich glaube, daß diese Zeilen auch unter Weglassung von "Herr" ein Wunsch sein könnten, dessen Erfüllung für alle Beteiligten nützlich sein würde auch dann, wenn ich mir und vielen anderen oft recht scharfe Augen wünsche, um Untaugliches wie Unstatthafes zu entlarven.

So endet fakultärer Fasching und und Realsatire in konfessionsunabhängigen Exerzitien, von vielen leider selbst als Krankheit zum Tode und höchst unproduktive Praxis eingestuft.

Es ist mir bewußt, daß die Veröffentlichung unserer Studie über die Arbeitsbedingungen vielfach keine Freude hervorrufen wird. Es ist mir auch bewußt, daß diese Studie nicht unbedingt geeignet ist, sich Freunde zu machen. Bewußt, wenn auch nicht angenehm, ist mir aber, daß dies nicht unser vordringliches Ziel sein kann, Freude zu verbreiten und Freunde um jeden Preis zu gewinnen. Es wird sich zeigen, ob es anderen möglich ist, Wahrheiten und Ansichten, Gefühle und Beweise so ausgewogen zu ertragen, wie es ihren Gewichten entspricht. Ich weiß, daß Partnerschaften nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen sind. Das Bemühen um Ausgewogenheit in der Darstellung unserer Probleme kann aber nicht heißen, Ku-

lissen wohlgefälliger Illusionen aufzubauen und konfliktscheu in lähmende Umarmungen der Versöhnung und anbietender Harmonie zu verfallen, zumal ich glaube, daß Partnerschaften auch eine Auseinandersetzung ertragen müssen, wenn diese in ehrlichem Bemühen und in der Sorge für ein größeres Ganzes erfolgt.

In einem nehme ich aber alles zurück, in einem haben die anderen aber sicher recht: "Es gibt keine untragbaren Zustände an unserer Fakultät".

Der Beweis ist einfach zu führen: wir alle haben es bis jetzt ertragen und krumme Rücken - sie sind ein orthopädisches Problem.

Ob das so gut, ob das so wahr ist?

Ob alle jetzt (un)endlich zufrieden sind?

PS.: Eine Chance für "hard liner": Leser, die an den Daten der Arbeitsplatzanalyse interessiert sind und diese unbeeinflusst von den Kommentaren eines Betroffenen studieren wollen, können diese als Kopie (140 Seiten) bei der Tiroler Ärztekammer (A-6020 Innsbruck, Anichstraße 7) anfordern.

*Dr. Kurt GRÜNEWALD  
Univ.-Klinik für Innere Medizin  
Universität Innsbruck*

\*\*\*\*\*

### *Fortsetzung von Seite 3*

In Bereichen betreffend

- \* Personaltransfers innerhalb einer Universität bzw. zwischen Universitäten sowie
- \* Umwandlung von Universitätsinstituten in Institute mit ausschließlich Forschungsaufgaben

müßten noch entsprechende rechtliche Regelungen geschaffen werden." (ADL Studie, Seite 6)

Die weitreichenden Ambitionen solcher Vorschläge liegen auf der Hand. Gerade weil aber die BUKO die Politik vertritt, Empfehlungen dieser Art nicht a priori zu tabuisieren, erwarten wir eine faire Mitsprachemöglichkeit in diesen zukunftsrelevanten Entscheidungsfeldern.

*Dr. Norbert FREI  
Vorsitzender der Bundeskonferenz*

## **Belebung der Forschungslandschaft durch Förderung ausländischer Nachwuchsforscher**

Seit 1992 gibt es beim "Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung" (FWF) ein neues Stipendienprogramm, das ausländischen Nachwuchswissenschaftlern die Mitarbeit an österreichischen Forschungseinrichtungen ermöglichen soll.

Die Stipendien, die den Namen der österreichischen Physikerin Lise Meitner tragen, werden für alle Wissenschaftsgebiete vergeben. Als Forschungsort werden Forschungseinrichtungen aus dem universitären, aber auch solche aus dem außeruniversitären gemeinnützigen ("Non-profit") Bereich anerkannt.

Das "Lise-Meitner-Stipendienprogramm" richtet sich ausschließlich an ausländische Forscher mit abgeschlossenem Doktoratsstudium, die nicht älter als 35 Jahre sind. Ein Stipendium beträgt pro Jahr 275.000,— Schilling und wird für zwölf Monate (Mindestdauer) vergeben. Eine Verlängerung um weitere zwölf Monate ist möglich.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung stellt dem FWF im Jahr 1992 für das neue Stipendienprogramm eine Sonderdotations in der Höhe von 6 Millionen Schilling zur Verfügung. Anträge sind umgehen zu stellen.

**Lise-Meitner-Stipendium**  
Auskünfte erteilt Herr Robert GASS  
FWF, Weyringergasse 35, Wien IV



## Reaktionen

# Anmerkungen zum Thema: Habitationsstipendien für Frauen

von Dipl.-Ing. Dr. Eva KÜHN

*Die Richtlinien für "Habitationsstipendien für Frauen" sind im BUKO-Info 4/1991 abgedruckt. Aus der Sicht einer Betroffenen dazu einige Fragen und Anmerkungen.*

Was sollte das Ziel eines "Habitationsstipendiums für Frauen" sein?

Den Anteil der Frauen an den Habilitierten zu erhöhen, indem Frauen (annähernd) gleichwertige Forschungsvoraussetzungen ermöglicht werden wie Männern.

Sollten wissenschaftliche Projekte von bzw. über Frauen aus einem Sonderbudget des FWF gefördert werden?

Nein, da eine derartige Sonderbehandlung dazu führen würde, daß nicht mehr die wissenschaftliche Relevanz eines Projektes, sondern das Geschlecht des Antragstellers maßgeblich ist. Diese Sonderbehandlung bedeutet, daß "weiblich" mit "unwissenschaftlich" gleichgesetzt wird. Wissenschaftlich tätige Frauen werden dadurch diskriminiert. Die Regelung, daß bei gleichwertigen Projekten jene bevorzugt werden, die von Frauen eingereicht werden, ist dagegen zu begrüßen, solange Projekte von Frauen eine Minderheit darstellen.

Gibt es nicht eine grundlegende, strukturell bedingte Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb, die Förderung auch über die erwähnte Regelung ("bei Gleichwertigkeit") hinaus notwendig macht?

Um eine solche strukturelle Benachteiligung durch Subjektförderung auszugleichen, muß eine Förderung wesentlich früher ansetzen (Mittelschule, Studienbeihilfen, Diplomarbeiten, eventuell Dissertationen); durch ein dezidiertes "Habitationsstipendium" soll aber prinzipiell nur Qualität gefördert werden.

Warum braucht eine Frau ein Habitationsstipendium? Wie sollte diese Unterstützung aussehen?

1. Für die Frauen fallen die "zehn Jahre Habitationsstreß" genau in die Zeit, in der sie Kinder

bekommen wollen (*Profil, Sonderheft 12. Sept 90, S.32*).

2. Zur Erlangung einer Habilitation ist es nötig, 50-60 Stunden pro Woche in seine Forschungstätigkeit zu investieren. Zudem kommt eine erhöhte Reisebereitschaft.

Diese Mehrfachbelastung kann nur durch Hilfe bei der Kinder- und Haushaltsbetreuung bewältigt werden, da eine Vernachlässigung der Kinder unzumutbar ist. Ein Kind 50-60 Stunden pro Woche in eine öffentliche "Krabbelstube" zu schicken, ist unzumutbar, da Babies und Kleinkinder eine liebevolle Bezugsperson benötigen und keine Mutter für ihre wissenschaftliche Karriere die gesunde Entwicklung ihres Kindes gefährden möchte. Weiters werden auch die Probleme der erhöhten Reisebereitschaft sowie des Haushalts dadurch nicht gelöst. Sofern der Partner nicht zu entsprechendem Verzicht bereit ist (also zum Verzicht auf seine Berufsausübung), ist daher die Beschäftigung einer Kinderfrau sowie einer Haushaltshilfe erforderlich. Die monatlichen Kosten dafür belaufen sich auf 10000,- bis 14000,- ÖS pro Monat, was annähernd einem Assistentengehalt ohne Zulagen entspricht. Diese Aufwendungen sind auch einem verständnisvollen Partner gegenüber nur schwer zu vertreten. Selbst im besten Fall bleibt ein Rest an Doppelbelastung und psychischem Druck übrig, dem noch dazu keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen. Ein "Habitationsstipendium für Frauen" sollte daher aus einem monatlichen Zuschuß zu diesen Kosten bestehen.

Nach welchen Richtlinien wäre ein derartiges Stipendium zu vergeben?

Bisherige kontinuierliche Forschungstätigkeit, Publikationen, Forschungsprojekte, internationale Kontakte, sonstige wissenschaftliche Aktivitäten wie z.B. die Mitarbeit als Programmkomiteemitglied in (internationalen) Konferenzen, Veranstaltung von Konferenzen, Mitarbeit in (internationalen) Gremien, Besuch von Konferenzen/Workshops, Auslandsaufenthalte, Qualität der Dissertation etc. sollten als Richtlinien dienen; d.h. ähnliche Kriterien, die vom FWF zur Beurteilung von Projekten herangezogen werden.

Warum ist die Inanspruchnahme eines Karenzurlaubs keine Alternative?

Eine ein- oder gar zweijährige Absenz von der *scientific community* (bereits aufgebaute internationale

Kontakte und Projekte etc.) ist beim Tempo der Entwicklung auf den meisten Forschungsgebieten (besonders technischer Richtung) kaum mehr aufzuholen. Eine Frau, die vor der Habilitation steht, würde durch eine 1-2 jährige Pause den oft durch jahrelange wissenschaftliche Arbeit erkämpften Vorsprung wieder verlieren. Forschung erfordert kontinuierliche Präsenz. Auch die laufende Projektarbeit/ Lektorentätigkeit kann nicht durch einen Karenzurlaub abrupt unterbrochen werden.

Ist ein "Habitationsstipendium für Mütter" nicht eine einseitige Bevorzugung?

Nein; eine Subjektförderung, die zwischen Männern und Frauen differenzieren will, wird bei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Praxis die Kinderbetreuung als Hauptkriterium anerkennen müssen. Eine Erweiterung der Förderungswürdigkeit auf alleinerziehende Väter" wäre sicher sinnvoll. Bis dahin sind öffentliche Mittel gut eingesetzt, wenn mittelmäßige männliche durch gute weibliche Dozenten und Professoren verdrängt werden und damit insgesamt das Niveau der Forschung in Österreich gehoben wird.

*[Univ.-Ass. Dipl.-Ing.-Dr. Eva KÜHN](#)  
Institut für Computersprachen  
Technische Universität Wien*

## Noch ein paar Gedanken zur Vergabe von Lehraufträgen

von Dr. Helmut Altrichter

*Im BUKO-Info 3191 (Seite 14, 15) hat Dr. Rudolf Riedl Einige Gedanken zur Vergabe von Lehraufträgen' vorgelegt.*

Das ist begrüßenswert, weil die Frage, wer mit welchen Qualifikationen und zu welchem Zweck universitäre Lehre abhalten sollte, von Zeit zu Zeit neu diskutiert und damit das Bewußtsein über eine wichtige Funktion der Universität und die Art ihrer Erfüllung geschärft werden sollte. Insoferne sind Riedls Gedanken zur Vergabe von Lehraufträgen eine wertvolle Anregung zur Diskussion, die ich hiermit auf-

greifen will.

1. Im Text wird vorgeschlagen, daß die Universitätsassistenten im zeitlich begrenzten Dienstverhältnis für die Erteilung eines Lehrauftrags normalerweise nicht in Frage kämen. Dies wird - neben zeitökonomischen Überlegungen im Hinblick auf die Erlangung eines Doktorats - damit begründet, daß die UniversitätsassistentInnen "die erforderlichen didaktischen Fähigkeiten bei einer richtig verstandenen Heranziehung zur 'verantwortlichen Mitarbeit' erst erwerben" sollen.

"Welches Verständnis vom Lernen didaktischer Fähigkeiten kommt in einer solchen Bestimmung zum Ausdruck?" ist die Frage, die sich hier aufdrängt. Das Konzept der "Meisterlehre", das hier anklingt, muß wohl als archaisches Konstrukt auf dem Gebiete der Ausbildung für professionelle Fertigkeiten angesehen werden. Sicher könnte man durch derartige eigene didaktische Praxis lernen, wenn die "Heranziehung zur verantwortlichen Mitarbeit richtig verstanden" würde - etwa in dem Sinn einer gemeinsamen Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen und eines einigermaßen kontinuierlich wechselseitigen Rückmeldung-Gebens der KollegInnen. Dies ist aber m.W. in den seltensten Fällen aufzufinden, da die "verantwortliche Mitarbeit" ja vor allem dort eingesetzt wird, wo große Hörerzahl und zeitliche Überlastung herrschen. Zumindestens sind mir in der Literatur keine systematischen Reflexionen zur Erfüllung dieser Ausbildungsfunktion bekannt. Ich meine daher, daß sich die Universitäten der Frage des Aufbaues didaktischer Qualifikationen wissenschaftlichen Nachwuchs systematischer als bisher annehmen müssen. Ein interessantes Modell dazu, bietet das Innsbrucker Projekt "Forschendes Lehren, an der Hochschule".

2. Riedl hält nun in seinem folgenden Absatz fest, daß remunerierte Lehraufträge an hochschulexterne Personen verteilt werden können, ohne dafür irgendwelche speziellen didaktischen Qualifikationsvoraussetzungen zu machen. Wie ist dieser Unterschied zu den UniversitätsassistentInnen zu erklären? Wodurch erwerben Hochschulexterne ihre didaktischen Qualifikationen? Wie kann die Universität zur Qualität der Lehre gerade bei einem solchen Personenkreis beitragen, zu dem üblicherweise sehr lose Beziehungen bestehen?

3. Weiter unten wird schließlich der Gedanke geäußert, daß außerordentliche Professoren mehr in der

Lehre tätig sein sollten, was sinngemäß dem UOG § 31 Abs. 5 entspricht. Liegt hier nicht auch eine Unstimmigkeit vor? Für außerordentliche Professoren wird die Habilitation als Mindestqualifikation verlangt; sie werden daher üblicherweise nach ihren bisherigen Forschungsleistungen ausgewählt und sollten sich dann - dem UOG und solchen Vorschlägen entsprechend - schwerpunktmäßig auf die Lehre konzentrieren, obwohl sie in der Regel weder wegen ihrer speziellen didaktischen Qualifikationen ernannt wurden noch die Gelegenheit hatten, eine solche in systematischer Weise zu erwerben.

4. Mir scheint, daß anhand solcher Überlegungen sinnvoll der Stellenwert universitärer Lehre und ihre Balance zu den anderen Universitätsfunktionen, vor allem zur Forschung, diskutiert werden könnte. Für die einen, die nicht ohne weiteres lehren dürfen, bedeutet die Lehre eine zusätzliche Einkommensquelle und oft auch eine interessante Erfahrungsmöglichkeit. Für die anderen, jene, die Lehre in ihrer Dienstverpflichtung haben, erhöht es ihr Prestige, zu möglichst wenig Lehre verpflichtet zu sein (auch wenn man dann in der Realität mehr lehrt). Werden "didaktische Qualifikationen", die an unseren Universitäten leider noch als wesentlich unschärfer definiertes Kriterium angesehen werden, als es der internationalen Diskussion entspricht, nur dazu verwendet, um jene, die lehren wollten, kurzhalten zu können? Wenn dies nicht der Fall ist: was tun Universitäten, um dem Stand der Forschung angemessenere Modelle als jenes der "Meisterlehre" aufzubauen, mit denen der 'wissenschaftliche Nachwuchs' diese Qualifikationen in geregelter Form erwerben könnte? Was tun Universitäten, um die Qualität der an ihnen geschehenden Lehre begleitend zu beobachten und zu erhöhen? Sind Universitäten darauf vorbereitet, wenn Klienten einmal die Qualität der an verschiedenen Institutionen angebotenen Lehre zu vergleichen begännen (wie dies in anderen Ländern ja durchaus der Fall ist)?

Ich fürchte, daß viele dieser Fragen derzeit mit NEIN zu beantworten sind. Und ich fürchte, daß daraus Universitäten ein ernstes Problem erwachsen wird, wenn - wie dies in anderen Bereichen auch zunehmend geschieht - die Konsumentinnen und Konsumenten bewußter und konsequenter die Qualität der ihnen angebotenen Leistungen prüfen.

*a.o. Univ.-Prof. Dr. Herbert Altrichter  
Institut für Wirtschaftspädagogik und  
Personalwirtschaft  
Universität Innsbruck*

## Fachhochschulen

### Stellungnahme der Bundeskonferenz

Um dieser derzeit heftig diskutierten Thematik gerecht zu werden, hat die Bundeskonferenz eine interne Projektgruppe damit beauftragt, sich mit diesem Fragenkomplex zu befassen und dazu Stellung zu nehmen.

Nach umfangreichen Sitzungen, Beratungen, Informationen und Gesprächen wurde schließlich ein Bericht vorgelegt, der sich, trotz aller Skepsis, für die Einführung von Fachhochschulen ausspricht und in dem Vorschläge zur Durchführung unterbreitet werden.

Der Tenor der Stellungnahme ist kurzgefaßt:

Für Fachhochschulen sprechen etwa die Vergrößerung des postsekundären Bildungsangebotes, Österreichs Bemühen um die internationale Anerkennung dieser Ausbildung zur Chancenverbesserung der Absolventen, eine mögliche Entlastung der Universitäten sowie ein kürzeres und praxisorientierteres Ausbildungsmodell. Bedenken traten auf durch die Entwicklung dieser Institutionen in Deutschland und Großbritannien, durch die Kostenfrage, durch die Diskussion über Bildung und Ausbildung sowie durch die in Österreich vorgelegten Stellungnahmen, die mehr von landes- und standespolitischen Interessen statt von bildungspolitischen Erwägungen ausgehen.

Das Ziel des Fachhochschulstudiums soll eine anwendungsbezogene Lehre sein, die die Absolventen auf berufliche Tätigkeiten vorbereitet, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordern. Dazu sollen Fachhochschulen vor allem in solchen Bereichen installiert werden, die eine hochschulartige Berufsausbildung ohne größere wissenschaftliche Qualifikation erlauben. Den Studienabgängern müßten, nach Abschluß einer Hochschulprüfung sowie einer qualifizierten Abschlußarbeit, ein entsprechender Diplomgrad verliehen werden.

Die Studiendauer darf samt Praxissemester einen Zeitraum von maximal vier Jahren nicht überschreiten, wobei das Studium in eine Grundlagenausbildung sowie eine fachspezifische Ausbildung gegliedert werden sollte. Auch an das Lehrpersonal sind dementsprechende Anforderungen zu stellen, um

sicher zu gehen, daß die dadurch erreichte Qualität den Absolventen größte Chancen am Arbeitsmarkt einräumt.

Daher scheint es sinnvoll, Versuchsstudien für Fachhochschulen in Österreich durchzuführen. Zur Durchführung würde ein Rahmengesetz, welches gewisse Richtlinien vorschreibt und auch derzeit im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung diskutiert wird, genügen. Erst bei positivem Abschluß dieses Versuches sowie einer Befürwortung durch die OECD sollten Fachhochschulen in Österreich eingeführt werden. Zusätzlich müßten aber auch Finanzierungskonzepte und Bedarfszahlen an Studienanfängern und -abgängern erarbeitet werden, um die Einführung dieser Institutionen auch aus diesen Gründen sinnvoll erscheinen zu lassen.

*Die Stellungnahme der Bundeskonferenz kann im Generalsekretariat angefordert werden.*

Es kann erwartet werden, daß ein Fachhochschulstudiengesetz bis spätestens Herbst 1992 als Regierungsvorlage im Parlament eingebracht wird.

*Univ.-Doz. Dr. Michael MUHR  
Vorsitzender der Projektgruppe  
"Fachhochschulen"  
Technische Universität Graz*

### Zitate

*aus: Österreichische Hochschulzeitung Nr. 3/1992,  
Seite 28*

**"Wer die Musi zahlt, schafft an, was g'spielt wird"**

Er (der Manager) repräsentiert das Supergehirn, das die Geschicke österreichischer Bildungseinrichtungen lenken und das graue Nibelungenheer der Wissenschaftler einschließlich des rechtlosen Zwerges Mime, sprich Rektor, mit unsichtbarer Peitsche zu volkswirtschaftlich nutzbarer Arbeit und Leistung antreiben wird. Gilt es doch, den Ring geistiger und wirtschaftlicher Vormacht zu schmieden.

*Renate BOZIC  
HS für Musik u. darst. Kunst, Graz*

## Kurz notiert

Seit dem Erscheinen der letzten Ausgabe des BUKO-Info 4/1991 hat die Bundeskonferenz zum Diskussionsentwurf des BMWF „Die neue Universitätsstruktur“ eine Stellungnahme mit Vorschlägen erstellt, worin die Vorgangsweise sowie einzelne Punkte des Reformpapiers kritisch beleuchtet werden. Weiters werden u.a. Gedanken zur Rechtsstellung der Universitäten, zum Verhältnis von Legislative und Exekutive, zur Einrichtung eines zentralen Beratungs- und Koordinationsorgans und zur organisatorischen Trennung von Forschung und Lehre zur Diskussion gestellt.

Zum Themenbereich Fachhochschulen ist seitens der Bundeskonferenz ebenfalls Stellung genommen worden. Näheres in diesem Heft, S. 13.

Derzeit in Ausarbeitung ist unter Mitwirkung der Juristenkommission der BUKO eine Stellungnahme zum Studienförderungsgesetz 1992 und zu den Novellen zum Familienlastenausgleichsgesetz und zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz.

Voraussichtlich Ende März wird das Projekt der Bundeskonferenz "Materialien zur Verbesserung von Lehrveranstaltungen II: Didaktische Planung und Gestaltung von Lehrveranstaltungen" der Autoren Czany und Sturm im Endbericht vorliegen. Im praktischen Teil werden darin Planungsstrategien für Lehrveranstaltungen entwickelt.

Bezüglich der internationalen Kontakte der BUKO ist zu berichten, daß Mitte März mit Vertretern der Bundesvertretung Akademischer Mittelbau (Deutschland) und mit einem Vertreter des Verbandes der Mittelbauvereinigungen an Schweizer Hochschulen eine Arbeitstagung stattfand, um die beim internationalen Symposium im November vergangenen Jahres aufgeworfenen Fragen weiterzubearbeiten mit dem Ziel, Arbeitsprogramme im internationalen Feld zu entwickeln. Es hat sich gezeigt, daß vor allem die Angehörigen des „Mittelbaus“ in den osteuropäischen Ländern an einem internationalen Forum für den Meinungsaustausch interessiert sind und auf konzeptive Entwürfe und konkrete Erfahrungen im Aufbau von vergleichbaren Mittelbauorganisationen reflektieren.

An dieser Stelle soll auch die Tätigkeiten der Kommissionen nicht unerwähnt bleiben:  
Seit Vorlage der letzten zusammenfassenden Stati-

stik im BUKO-Info 4/1991 fanden insgesamt elf Sitzungen von Kommissionen der Bundeskonferenz statt und zwar der:

- \* Forschungskommission (2x),
- \* Juristenkommission (2x),
- \* Kunsthochschulkommission (1x),
- \* Medizinkommission (2x),
- \* Präsidialkommission (3x),
- \* Theologienkommission (1x).

Zum Thema Messeveranstaltungen ist anzuführen, daß die BUKO wieder auf den Studien- und Berufsinformationsmessen in Wien (5.3.-7.3.1992) und in Innsbruck (12.3.-15.3.1992) vertreten war. Wie sich gezeigt hat, sind Auskünfte zu den Bereichen künstlerische Berufe (offenbar wegen der Namensbezeichnung Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals), Hochschullehrgänge, Kurzstudien und allgemeine Studieninformationen am häufigsten gefragt.

In unvollständiger Auflistung seien Veranstaltungen angeführt, bei denen die Bundeskonferenz vertreten war:

- \* Delegiertenversammlung des FWF (2x), der sich derzeit mit der Einrichtung von Spezialforschungsbereichen sowie dem Themenbereich Großforschungseinrichtung in Österreich befaßt;
- \* Informationsveranstaltung des Österreichischen Akademikerbundes „Bildung - Frei Haus" zur Lage der Fernstudienmöglichkeiten in Österreich (Jänner 1992);
- \* Arbeitsgruppe des BMWF zur Novellierung des § 106a UOG (Gleichbehandlungsfragen).

Nach wie vor brisant ist die Frage der Lösung des Existenzlektorenproblems. Hierzu gab es von Seite der ÖVP eine parlamentarische Anfrage an den Bundeskanzler. Die Anfrage und ihre Beantwortung kann im Generalsekretariat angefordert werden. Zum gleichen Thema hat auch die Grüne Alternative eine parlamentarische Anfrage an BM BUSEK gerichtet, zu der eine Antwort noch nicht vorliegt. Das Ressort und das Bundeskanzleramt sind in dieser Angelegenheit in intensiven Verhandlungen.

Ihre  
*Renate Denzel*  
Generalsekretärin

## **Berufungsrichtlinien**

Mitteilung  
der  
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
Sektion Hochschullehrer

Bei der Berufung von ordentlichen Universitäts- und Hochschullehrern gelten folgende Richtlinien für die Ermittlung ihres monatlichen Bezugs.

1. Die Einstufung des zu berufenden Kollegen hat zumindest so zu erfolgen, daß er mit dem 58. Lebensjahr die höchste Gehaltsstufe (10) und somit mit dem 62. Lebensjahr die 1. Dienstalterszulage des o. Universitäts-(Hochschul-)professors erreichen wird (Mindesteinstufung).
2. So wie bisher wird der Bundespräsident "zur Gewinnung eines Wissenschaftlers oder Künstlers aus dem In- oder Ausland" (§ 52 GG) ein höheres Gehalt als nach § 48 GG und nach Punkt 1 der Berufungsrichtlinien, sowie eine höhere Kollegiengeldabgeltung als nach den §§ 51 und 51a GG gewähren können (Maximaleinstufung).  
  
Der zusätzliche Kollegiengeldfixbetrag wird dabei auf öS 100.000,- p.a. erhöht und zusätzlich zu den Kollegiengeldansprüchen nach §§ 51 und 51a zuerkannt. In den Verhandlungen stellen wir anerkennend fest, daß die Regelung des Punktes 2 von den Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen angeregt und bereits angewendet wird.
3. Die neuen Berufungsrichtlinien werden als Vereinbarung zwischen der Dienstgeberseite und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ab sofort für alle laufenden Verfahren angewendet werden.

*Univ.-Prof. Dr. Gerhard WINDISCHBAUER*  
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
Sektion Hochschullehrer

*Impressum:*

*Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller:*

Bundeskonzferenz des wissenschaftlichen und  
künstlerischen Personals, Liechtensteinstraße 22a,  
1090 Wien, Tel.: 0222/3199 315-0, 3199 316-0  
Telefax: 31 99 317

Vorsitzender: [Ass.-Prof. Mag. Dr. Norbert FREI](#)

*Redaktion:* Mag. DDr. Renate DENZEL

*Layout:* Angela HORNIG

*Druckerei:* Schreier & Braune, Aegidigasse 4,  
1060 Wien

l'h.h.  
Erscheinun~~sml Wien  
Vcrla s0ostamt | 090 1N'ien